

Verordnung zum kantonalen Umweltschutzgesetz

Vom 26. Juni 1991 (Stand 1. Juli 2015)

Der Landrat,

gestützt auf Artikel 2 Absatz 2 des Einführungsgesetzes vom 7. Mai 1989 zum Bundesgesetz über den Umweltschutz (kantonales Umweltschutzgesetz)¹⁾,

verordnet:

1. Allgemeine Bestimmungen

Art. 1 *

Art. 2 * *Umweltschutz im öffentlichen Dienst*

¹ Bei der Vergabe von Aufträgen durch die öffentliche Hand ist die Umweltverträglichkeit der angebotenen Verfahren, Ausrüstungen und Materialien als wichtiges Kriterium des Zuschlages zu berücksichtigen. Die kantonale Umweltschutzfachstelle orientiert regelmässig über den Stand der Technik von umweltschonenden Verfahren und Produkten.

Art. 3 * *Ausbildung von Behördenmitgliedern und Angestellten*

¹ Die kantonale Umweltschutzfachstelle informiert die Departemente und die Gemeinden über Möglichkeiten zur Ausbildung der Behördenmitglieder und Angestellten im Umweltschutzbereich.

2. Schutz vor Luftverunreinigungen

Art. 4 *Zuständigkeiten von Kanton und Gemeinden bei der Kontrolle von Anlagen*

¹ Die Gemeinden sind zuständig für die Kontrolle von Öl- und Gasfeuerungen unter 350 kW Feuerungswärmeleistung und Feststofffeuerungen unter 70 kW Feuerungswärmeleistung.

² Der Kanton ist zuständig für die Kontrolle aller übrigen Anlagen, die der Luftreinhalteverordnung unterstellt sind.

Art. 5 * *Aufgabenerfüllung durch die Gemeinden*

¹ Für die Kontrollen im Zuständigkeitsbereich der Gemeinden (Art. 4 Abs. 1) setzt die Gemeinde einen Feuerungskontrolleur ein. Sie ordnet bei ungenügenden Kontrollresultaten die notwendigen Massnahmen an. *

¹⁾ GS VIII B/1/3

VIII B/1/4

² Die Betreiber übernehmen die Kosten für die Routinekontrollen.

³ Die Gemeinden können die im Rahmen eines Serviceabonnements durchgeführte Feuerungskontrolle anerkennen, wenn

- a. zwischen der Gemeinde und der Fachfirma ein Vertrag abgeschlossen wird;
- b. der administrative und Kontrollaufwand der Gemeinde von der Fachfirma entschädigt wird;
- c. der Feuerungskontrolleur innerhalb einer Kontrollperiode bei mindestens 10 Prozent der von Fachfirmen geprüften Feuerungen Stichprobenmessungen durchführt. Bei ungenügendem Ergebnis der Stichprobenmessung verrechnet die Gemeinde der Fachfirma die anfallenden Kosten.
- d. die Fachfirmen über entsprechend ausgebildetes Personal und Messgeräte verfügen und eine zuverlässige Kontrolle garantieren.

⁴ Der von der Gemeinde eingesetzte Feuerungskontrolleur beurteilt auch die im Rahmen von Serviceabonnements durchgeführten Kontrollen auf Vollständigkeit und Einhaltung der Grenzwerte.

Art. 5a * *Holzfeuerungskontrolle*

¹ Holzfeuerungen mit einer Leistung von weniger als 70 kW müssen alle zwei Jahre kontrolliert werden, wenig benutzte Feuerungen spätestens alle fünf Jahre. Die Kontrolle erfolgt im Auftrag des Anlagenbetreibers durch den beauftragten Kaminfeger oder durch den von der Gemeinde bestimmten Kontrolleur.

Art. 6 * *Aufgabenerfüllung durch den Kanton*

¹ Der zuständigen kantonalen Verwaltungsbehörde obliegen:

- a. die Zulassung von Kontrolleuren mit eidgenössischer Berufsprüfung für alle der Luftreinhalteverordnung unterstellten Anlagen;
- b. die Anleitung und Überwachung der durch die Gemeinden und Fachfirmen beauftragten Feuerungskontrolleure und die Koordination ihrer Tätigkeiten;
- c. die Ausarbeitung eines Pflichtenheftes für die Feuerungskontrolle;
- d. die Ausarbeitung von Durchführungsbestimmungen für die Feuerungskontrolle, im Besonderen von Bedingungen für die Verträge zwischen Gemeinden und Fachfirmen in Form eines verbindlichen Mustervertrages;
- e. die Kontrolle der dem Kanton übertragenen Anlagen; die kantonale Verwaltungsbehörde kann diese Kontrollen auch Privaten übertragen;
- f. die Anordnung der notwendigen Massnahmen bei Sanierungen im Zuständigkeitsbereich des Kantons;
- g. der Entscheid über die Gewährung von Erleichterungen bei Sanierungen.

² Die Glarnersach kontrolliert im Rahmen der brandschutztechnischen Beurteilung von Feuerungsanlagen, dass nur typengeprüfte bzw. zugelassene Brenner und Kessel eingebaut werden. *

3. Schutz vor Lärm

Art. 7 *Aufgaben der Gemeinden*

¹ Der Gemeinderat vollzieht unter Vorbehalt von Artikel 8 die bundesrechtlichen Vorschriften über:

- a. die Durchführung von Schallschutzmassnahmen an bestehenden Gebäuden, soweit dies im Zusammenhang mit der Errichtung, der wesentlichen Änderung sowie der Sanierung öffentlicher oder konzessionierter ortsfester Anlagen erforderlich ist (Art. 10, 15 und 18 Lärmschutzverordnung, LSV);
- b. * die Schall- und Laserverordnung.

² Der Gemeinderat erbringt zuhanden der zuständigen kantonalen Verwaltungsbehörde bei Neueinzonungen von Bauzonen den Nachweis, dass die Grenzwerte der Lärmschutzverordnung (Art. 29 LSV) eingehalten werden können. *

³ Der Gemeinderat ist verantwortlich für die Erstellung und Durchführung von Lärmsanierungsprogrammen entlang von Gemeinde- und Gemeindeverbindungsstrassen. *

Art. 8 * *Aufgaben des Kantons*

¹ Für die Lärmsanierung von Strassen beschliesst der Regierungsrat die Mehrjahrespläne zuhanden des Bundes.

² Der zuständigen kantonalen Verwaltungsbehörde obliegen ausser den im Gesetz genannten Aufgaben: *

- a. das Führen von Verzeichnissen über die Lärmbelastung bei bestehenden lärmigen Anlagen, soweit nicht der Bund hierfür zuständig ist, insbesondere die Ausarbeitung von Lärmkatastern entlang von Strassen;
- b. der Vollzug der Lärmschutzverordnung bei Eisenbahnen und Flugfeldern, soweit nicht der Bund oder eine andere Behörde dafür zuständig ist;
- c. die lärmtechnische Kontrolle von typengeprüften beweglichen Geräten und Maschinen;
- d. die Gewährung von Erleichterungen, wenn die Forderungen des Mindestschallschutzes nicht eingehalten werden können (Art. 32 Abs. 3 LSV);
- e. die Prüfung der von den zuständigen Strassenbaubehörden (Art. 83 Strassengesetz) ausgearbeiteten Lärmsanierungsprogramme bei Strassen;

VIII B/1/4

f. bis zur Zuordnung der Empfindlichkeitsstufen durch die Gemeinden im Rahmen der Nutzungsplanung ordnet sie im Einzelfall die Empfindlichkeitsstufen zu (Art. 44 Abs. 3 LSV).

³ Eine mit dem Strassenbau befasste kantonale Verwaltungsbehörde sorgt für: *

- a. die Erstellung von Lärmsanierungsprogrammen und Mehrjahresplänen bei National- und Kantonsstrassen;
- b. die Abstimmung des Vorgehens mit den Gemeinden bei allen Lärm- und Schallschutzmassnahmen an Strassen im Rahmen von Lärmsanierungsprogrammen. In Streitfällen entscheidet der Regierungsrat.

Art. 9 *

4. Umweltgefährdende Chemikalien *

Art. 10 * *Fachbewilligungen*

¹ Die zuständige kantonale Verwaltungsbehörde vollzieht die Aufgaben gemäss Artikel 11 der eidgenössischen Chemikalien-Risikoreduktions-Verordnung. *

Art. 10a * *Weitere Zuständigkeiten kantonomer Vollzugsorgane*

¹ Der Regierungsrat regelt die weiteren Zuständigkeiten der kantonomer Vollzugsorgane im Bereich besonders gefährlicher Stoffe, Zubereitungen und Gegenstände.

Art. 11 *

Art. 12 *

5. Bodenschutz

Art. 13 *

¹ Fallen bei einer Sanierung aufgrund von Artikel 25 Absatz 3 des Gesetzes Kosten für die öffentliche Hand an, so entscheidet das zuständige Departement über die Aufteilung der Kosten zwischen Kanton und Gemeinden. Es berücksichtigt dabei die Verantwortlichkeiten sowie die Kostenhöhe.

6. Katastrophen- und Strahlenschutz *

Art. 14 *

¹ Der Regierungsrat erlässt Bestimmungen über Organisation und Betrieb eines kantonalen Schadendienstes (Öl- und Chemiewehr). Der Vollzug dieser Bestimmungen obliegt dem zuständigen Departement.

7. Abfälle und Sanierung von belasteten Standorten *

Art. 15 * *Ausnahme von der Bewilligungspflicht*

¹ Kompostanlagen für ein Einzugsgebiet von weniger als 500 Einwohnern sind von der Bewilligungspflicht gemäss Artikel 32 Absatz 2 des Gesetzes ausgenommen.

Art. 15a * *Entsorgung von Bau- und Sonderabfällen*

¹ Der Gemeinderat kann bei der Erstellung, Änderung oder dem Abbruch von Bauten und Anlagen Angaben über die Entsorgung der anfallenden Bauabfälle verlangen.

² Sonderabfälle aus Industrie und Gewerbe werden vom Kanton verwertet, unschädlich gemacht oder beseitigt, wenn weder der Abgeber noch der Empfänger ermittelt werden kann oder wenn die Entsorgungspflicht wegen Zahlungsunfähigkeit der Pflichtigen nicht erfolgen kann.

Art. 16 *Sammlung von Sonderabfällen*

¹ Die zuständige kantonale Verwaltungsbehörde sorgt zusammen mit den betroffenen Produzenten oder Händlern für die Einrichtung von Sammelstellen für Sonderabfälle. Die Sammelstellen sollen wenn immer möglich bei den Verkaufsstellen liegen. *

² Ausnahmsweise können die Kosten für die Entsorgung von Kleinmengen aus Haushaltungen von weniger als 10 kg pro Haushalt und Jahr von der öffentlichen Hand übernommen werden. Dabei können die Gemeinden die Entsorgung spezieller Sonderabfälle (z. B. Altöl und Batterien) und der Kanton die Entsorgung der übrigen Sonderabfälle finanzieren. Bei regelmässigen Entsorgungsaktionen in den Gemeinden werden die Kosten zwischen Kanton und Gemeinde halbiert.

³ *

VIII B/1/4

Art. 17 * *Finanzierung der Sanierung von Altlasten*

¹ Fallen bei der Sanierung aufgrund von Artikel 34 Absatz 3 des Gesetzes Kosten für die öffentliche Hand an, so entscheidet das zuständige Departement über die Aufteilung der Kosten zwischen Kanton und Gemeinde. Es berücksichtigt dabei die Verantwortlichkeiten sowie die Kostenhöhe.

Art. 18 * *Bauvorhaben auf mit Abfällen belasteten Standorten*

¹ Wenn Bauten und Anlagen, die sich auf einen mit Abfällen belasteten Standort auswirken, erstellt oder geändert werden, so sorgt die Baubewilligungsbehörde dafür, dass der Bauherr vor Bewilligungserteilung Art, Umfang und Lage der Belastungen abklärt und Massnahmen zur Behebung oder Verminderung der Belastung erarbeitet und sie im Rahmen der Bauausführung durchführt.

² Die zuständige kantonale Verwaltungsbehörde berät die Baubewilligungsbehörde beim Vollzug der Vorschriften über die Erstellung und Änderung von Bauten und Anlagen auf einem mit Abfällen belasteten Standort. *

Art. 19 *Finanzierung von Entsorgungsanlagen für Sonderabfälle*

¹ Für die Projektierung, Erstellung und Änderung von Anlagen zur Behandlung von Sonderabfällen kann der Kanton Beiträge leisten, sich kapitalmässig beteiligen, Darlehen gewähren oder Bürgschaften übernehmen.

² Der Ersteller hat eine angemessene Eigenleistung zu erbringen.

³ Die Subventionsbehörde kann ihre Beitragsleistung davon abhängig machen, dass die interessierten Gemeinden zusammen Beiträge bis zur Höhe des Kantonsbeitrages leisten.

Art. 20 *

8. Schlussbestimmungen *

Art. 21 *Übergangsbestimmung zum Lärmschutz*

¹ Sofern die Gemeinden die Lärmempfindlichkeitsstufen gemäss Lärmschutzverordnung bis zum 1. April 1997 nicht ausdrücklich zugeordnet haben, gelten die Zuordnungen gemäss Artikel 43 Absatz 1 der Lärmschutzverordnung.

Art. 22 *Inkrafttreten*

¹ Der Regierungsrat bestimmt das Inkrafttreten dieser Verordnung.

Datum des Inkrafttretens: 1. Januar 1992; Artikel 5 Absatz 2 bereits ab 1. November 1991 in Kraft.¹⁾

¹⁾ B des RR vom 22. Oktober 1991

VIII B/1/4

Änderungstabelle - Nach Beschluss

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	SBE Fundstelle
25.06.1997	01.08.1997	Art. 5	totalrevidiert	SBE VI/5 466
25.06.1997	01.08.1997	Art. 6	totalrevidiert	SBE VI/5 466
11.11.1998	01.01.1999	Art. 1	totalrevidiert	SBE VII/2 75
11.11.1998	01.01.1999	Art. 7 Abs. 1, b.	geändert	SBE VII/2 75
11.11.1998	01.01.1999	Art. 7 Abs. 3	geändert	SBE VII/2 75
11.11.1998	01.01.1999	Art. 8	totalrevidiert	SBE VII/2 75
11.11.1998	01.01.1999	Art. 9	totalrevidiert	SBE VII/2 75
11.11.1998	01.01.1999	Art. 10	totalrevidiert	SBE VII/2 75
11.11.1998	01.01.1999	Art. 11	aufgehoben	SBE VII/2 75
11.11.1998	01.01.1999	Art. 13	totalrevidiert	SBE VII/2 75
11.11.1998	01.01.1999	Titel 6.	geändert	SBE VII/2 75
11.11.1998	01.01.1999	Art. 14	totalrevidiert	SBE VII/2 75
11.11.1998	01.01.1999	Titel 7.	geändert	SBE VII/2 75
11.11.1998	01.01.1999	Art. 15	totalrevidiert	SBE VII/2 75
11.11.1998	01.01.1999	Art. 15a	eingefügt	SBE VII/2 75
11.11.1998	01.01.1999	Art. 16 Abs. 3	aufgehoben	SBE VII/2 75
11.11.1998	01.01.1999	Art. 18	totalrevidiert	SBE VII/2 75
11.11.1998	01.01.1999	Art. 20	aufgehoben	SBE VII/2 75
11.11.1998	01.01.1999	Titel 8.	geändert	SBE VII/2 75
15.02.2006	07.05.2006	Art. 1	aufgehoben	SBE IX/6 311
15.02.2006	07.05.2006	Art. 2	totalrevidiert	SBE IX/6 311
15.02.2006	07.05.2006	Art. 3	totalrevidiert	SBE IX/6 311
15.02.2006	07.05.2006	Art. 6	totalrevidiert	SBE IX/6 311
15.02.2006	07.05.2006	Art. 7 Abs. 2	geändert	SBE IX/6 311
15.02.2006	07.05.2006	Art. 8 Abs. 2	geändert	SBE IX/6 311
15.02.2006	07.05.2006	Art. 8 Abs. 3	geändert	SBE IX/6 311
15.02.2006	07.05.2006	Art. 9	aufgehoben	SBE IX/6 311
15.02.2006	07.05.2006	Titel 4.	geändert	SBE IX/6 311
15.02.2006	07.05.2006	Art. 10	totalrevidiert	SBE IX/6 311
15.02.2006	07.05.2006	Art. 10a	eingefügt	SBE IX/6 311
15.02.2006	07.05.2006	Art. 12	aufgehoben	SBE IX/6 311
15.02.2006	07.05.2006	Art. 13	totalrevidiert	SBE IX/6 311
15.02.2006	07.05.2006	Art. 14	totalrevidiert	SBE IX/6 311
15.02.2006	07.05.2006	Art. 15	totalrevidiert	SBE IX/6 311
15.02.2006	07.05.2006	Art. 16 Abs. 1	geändert	SBE IX/6 311
15.02.2006	07.05.2006	Art. 17	totalrevidiert	SBE IX/6 311
15.02.2006	07.05.2006	Art. 18 Abs. 2	geändert	SBE IX/6 311

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	SBE Fundstelle
24.11.2010	01.01.2011	Art. 13	totalrevidiert	SBE XI/7 491
24.11.2010	01.01.2011	Art. 17	totalrevidiert	SBE XI/7 491
05.11.2013	01.01.2014	Art. 6 Abs. 2	geändert	SBE 2013 42
18.02.2015	01.07.2015	Art. 5 Abs. 1	geändert	SBE 2015 03
18.02.2015	01.07.2015	Art. 5a	eingefügt	SBE 2015 03
18.02.2015	01.07.2015	Art. 10 Abs. 1	geändert	SBE 2015 03

VIII B/1/4

Änderungstabelle - Nach Artikel

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	SBE Fundstelle
Art. 1	11.11.1998	01.01.1999	totalrevidiert	SBE VII/2 75
Art. 1	15.02.2006	07.05.2006	aufgehoben	SBE IX/6 311
Art. 2	15.02.2006	07.05.2006	totalrevidiert	SBE IX/6 311
Art. 3	15.02.2006	07.05.2006	totalrevidiert	SBE IX/6 311
Art. 5	25.06.1997	01.08.1997	totalrevidiert	SBE VI/5 466
Art. 5 Abs. 1	18.02.2015	01.07.2015	geändert	SBE 2015 03
Art. 5a	18.02.2015	01.07.2015	eingefügt	SBE 2015 03
Art. 6	25.06.1997	01.08.1997	totalrevidiert	SBE VI/5 466
Art. 6	15.02.2006	07.05.2006	totalrevidiert	SBE IX/6 311
Art. 6 Abs. 2	05.11.2013	01.01.2014	geändert	SBE 2013 42
Art. 7 Abs. 1, b.	11.11.1998	01.01.1999	geändert	SBE VII/2 75
Art. 7 Abs. 2	15.02.2006	07.05.2006	geändert	SBE IX/6 311
Art. 7 Abs. 3	11.11.1998	01.01.1999	geändert	SBE VII/2 75
Art. 8	11.11.1998	01.01.1999	totalrevidiert	SBE VII/2 75
Art. 8 Abs. 2	15.02.2006	07.05.2006	geändert	SBE IX/6 311
Art. 8 Abs. 3	15.02.2006	07.05.2006	geändert	SBE IX/6 311
Art. 9	11.11.1998	01.01.1999	totalrevidiert	SBE VII/2 75
Art. 9	15.02.2006	07.05.2006	aufgehoben	SBE IX/6 311
Titel 4.	15.02.2006	07.05.2006	geändert	SBE IX/6 311
Art. 10	11.11.1998	01.01.1999	totalrevidiert	SBE VII/2 75
Art. 10	15.02.2006	07.05.2006	totalrevidiert	SBE IX/6 311
Art. 10 Abs. 1	18.02.2015	01.07.2015	geändert	SBE 2015 03
Art. 10a	15.02.2006	07.05.2006	eingefügt	SBE IX/6 311
Art. 11	11.11.1998	01.01.1999	aufgehoben	SBE VII/2 75
Art. 12	15.02.2006	07.05.2006	aufgehoben	SBE IX/6 311
Art. 13	11.11.1998	01.01.1999	totalrevidiert	SBE VII/2 75
Art. 13	15.02.2006	07.05.2006	totalrevidiert	SBE IX/6 311
Art. 13	24.11.2010	01.01.2011	totalrevidiert	SBE XI/7 491
Titel 6.	11.11.1998	01.01.1999	geändert	SBE VII/2 75
Art. 14	11.11.1998	01.01.1999	totalrevidiert	SBE VII/2 75
Art. 14	15.02.2006	07.05.2006	totalrevidiert	SBE IX/6 311
Titel 7.	11.11.1998	01.01.1999	geändert	SBE VII/2 75
Art. 15	11.11.1998	01.01.1999	totalrevidiert	SBE VII/2 75
Art. 15	15.02.2006	07.05.2006	totalrevidiert	SBE IX/6 311
Art. 15a	11.11.1998	01.01.1999	eingefügt	SBE VII/2 75
Art. 16 Abs. 1	15.02.2006	07.05.2006	geändert	SBE IX/6 311
Art. 16 Abs. 3	11.11.1998	01.01.1999	aufgehoben	SBE VII/2 75

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	SBE Fundstelle
Art. 17	15.02.2006	07.05.2006	totalrevidiert	SBE IX/6 311
Art. 17	24.11.2010	01.01.2011	totalrevidiert	SBE XI/7 491
Art. 18	11.11.1998	01.01.1999	totalrevidiert	SBE VII/2 75
Art. 18 Abs. 2	15.02.2006	07.05.2006	geändert	SBE IX/6 311
Art. 20	11.11.1998	01.01.1999	aufgehoben	SBE VII/2 75
Titel 8.	11.11.1998	01.01.1999	geändert	SBE VII/2 75